



Bild: N-Ergie

STROMNETZ:

N-Ergie fordert Verstaatlichung der Übertragungsnetzbetreiber

In der Diskussion um die neuen Stromtrassen bezieht die Nürnberger N-Ergie AG deutlich Stellung.

Dass die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) mit dem Betrieb und dem Ausbau der Höchstspannungsleitungen hohe, staatlich garantierte Renditen erzielen, ist bekannt. Doch gerade den massiv geplanten Netzausbau bräuchte es eigentlich nicht: Das erklärt seit Jahren die Nürnberger N-Ergie AG.

Nun stellt sich Josef Hasler, der Vorstandsvorsitzender des achtgrößten deutschen Energieversorgers, „ernsthaft die Frage, ob der Ausbau der Übertragungsnetze nicht durch eine neue Infrastrukturgesellschaft in öffentlicher Hand erfolgen sollte“, wie er in einer Mitteilung des Versorgers sagte. Die N-Ergie fordert den Rückkauf der privaten Übertragungsnetzbetreiber, damit „der infrastrukturelle Lebensnerv des Landes“ wieder wie „in allen europäischen Ländern in staatlicher Hand“ liegt.

Dass die ÜNB die „Profiteure“ sind, die an ihre Gesellschafter „hohe, risikofrei erwirtschaftete Gewinne abführen“, findet Hasler gar nicht gut. Doch genau diese ÜNB haben natürlich ein hohes Interesse, dass die Stromnetze wachsen. Und das Bundesrecht ist auf ihrer Seite: 10 000 km neue Höchstspannungsleitungen haben Bundesregierung und Bundesnetzagentur als Bedarf erkannt und im Netzausbaubeschleunigungsgesetz sowie im stetig aktualisierten Netzentwicklungsplan gesetzlich festgeschrieben.

Lorenz Jarass von der Hochschule Wiesbaden erklärt anhand von Daten der Bundesnetzagentur, die er herausgeklagt habe: "Die durch Bayern geplanten Leitungen sind ausschließlich für die ostdeutschen Kohlekraftwerke

notwendig. Weil die konventionellen Kraftwerke auch dann einspeisen dürfen, wenn die erneuerbaren Energien viel Strom produzieren, wird das bestehende Stromnetz überlastet.“

Dass Jarass damit auf der gleichen Welle reitet wie die N-Ergie, war kürzlich in Nürnberg zu erleben. Er hielt einen Vortrag, der einem Schulterschluss zwischen dem Versorger, Stromtrassengegnern, Bund Naturschutz und Kommunalvertretern glich. Das Wort „Trassenlüge“ dominierte den Raum, in großen Lettern auf Banderolen neben der Bühne. Und alle waren sich einig: Kohlekraftwerke im Osten und nicht Windkraftwerke in Norddeutschland sind der Grund für Südlink, Südostlink und andere Höchstspannungsleitungen von Nord nach Süd. Eine „Kostenexplosion“ durch neue Hochspannungs-Gleichstromtrassen erwartet gar Rainer Kleedörfer, Prokurist für Unternehmensentwicklung bei der N-Ergie. Er schlägt als Alternative vor: Weniger Leitungsausbau, dafür den Bau von dezentralen Stromspeichern und Gaskraftwerken, um Lastspitzen zu decken.

Doch zuerst müssten laut Jarass die Kohlekraftwerke nach und nach abgeschaltet werden. Voraussetzung dafür: „Ein geändertes Energiewirtschaftsgesetz. Das bestehende Einspeiserecht für konventionelle Energien muss weg. So lange hilft auch kein Einspeisevorrang für Erneuerbare“. Zumal der Braunkohlestrom heute schon ins Ausland, nach Südosteuropa, nach Österreich oder Italien transportiert und dort oft sogar verschenkt werde. Zudem würden mit mehr Netzen die Durchleitungsgebühren vor allem für normale Stromkunden und den Mittelstand weiter steigen. Die machen bereits heute einen Großteil der Stromrechnung aus.

Deshalb will die N-Ergie ihre Ideen von NetZRückkauf und geringerem Ausbau nun „massiv gemeinsam mit der Wissenschaft, Bürgern, Organisationen an die Politik herantragen. Nur dann haben wir eine Chance“, meint Prokurist Kleedörfer.

Heinz Wraneschitz

© 2017 Energie & Management GmbH
Dienstag, 01.08.2017, 13:36 Uhr

Mehr zum Thema
FREITAG 25.08.2017